

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landesrat Rudi Anschober**

16. Jänner 2019

zum Thema

**Umweltpolitik 2019 –  
die 8 wichtigsten Schwerpunkte**

### Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

## **Umweltpolitik 2019 – die 8 wichtigsten Schwerpunkte**

**Der Klimawandel ist die größte Herausforderung der Gegenwart. Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise zu spüren bekommt und die letzte, die eine Klimakatastrophe verhindern kann. Die Hitzerekorde und Dürren vergangenen Sommer und die Schneemassen im Jänner 2019 haben auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise mit all ihren Facetten längst auch bei uns Realität ist. Mehr denn je braucht es jetzt eine effektive und konsequente Umweltpolitik, um die drohende Klimakatastrophe für Mensch, Tier und Natur noch abzuwenden. Die Bekämpfung der Klimakrise ist daher die erste zentrale Priorität von Umwelt-Landesrat Rudi Anschober für 2019.**

**Das Umweltressort des Landes Oberösterreich verfolgt seit Jahren erfolgreich eine nachhaltige und ressourcenschonende Klima- und Umweltpolitik und plant 2019 eine weitere Umweltschutzoffensive. Die Schwerpunkte des Umweltressorts 2019 sind die Halbierung von Wegwerfplastik voranzutreiben, ein weitgehendes Glyphosatverbot zu erreichen, die Lebensmittelverschwendung zu halbieren, die Kampagne „Oberösterreich blüht auf“, ein Trendwende für Bodenschutz und gegen Flächenversiegelung zu schaffen, die Umsetzung des Maßnahmenpakets zur „Linzer Luft“, den Atomausstieg voranzutreiben und Österreich gemeinsam mit dem Bund auf Klimaschutzkurs zu bringen.**

***„Die Bundesregierung muss 2019 endlich einen umweltbewussten Weg einschlagen, anstatt Österreich mit Tempo 140 weiter in die Klimakrise zu steuern. Wir brauchen ein Investitionsprogramm in Form mehrerer Milliarden Euro für den Klima- und Umweltschutz - das senkt die Emissionen, schafft Jobs, verbessert die Lebensqualität von hunderttausenden Menschen und ist eine entscheidende Investition in die Zukunftssicherung unserer Kinder“, sagt Landesrat Rudi Anschober.***

## Die acht Schwerpunkte der Umweltpolitik 2019

- **Österreich auf Klimaschutzkurs bringen**
- **weitgehendes Glyphosatverbot durchsetzen**
- **Lebensmittelverschwendung halbieren**
- **Wegwerfplastik halbieren**
- **Kampagne „Oberösterreich blüht auf“**
- **Weichenstellung für den europaweiten Atomausstieg durchsetzen**
- **Trendwende für Bodenschutz und gegen Flächenversiegelung durchsetzen**
- **Umsetzung des Maßnahmenpakets für eine Sanierung der Linzer Luft im verkehrsnahen Bereich**

### 1. Österreich auf Klimaschutzkurs bringen

2018 hat in Österreich gezeigt, was kommt, wenn aus der aktuellen Klimakrise eine Klimakatastrophe werden würde: Immer neue Rekordtemperaturen, immer extremere Witterung, Dürre und schwere Schäden.

*„Am wichtigsten ist, dass auf das erste Jahr der spürbaren und offensichtlichen Klimakrise nun der Beginn einer echten Klimaschutzoffensive folgt - mit massiven Einsparungen an Emissionen der Treibhausgase in allen Bereichen. Vor allem im Verkehr durch einen drastischen Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, im Bereich der Energie durch einen raschen Ausstieg aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern und damit einer starken Beschleunigung der Energiewende, durch ein rasches Streichen der Milliarden an klimaschädigenden Subventionen und durch eine umfassende ökosoziale Steuerreform, die Klimaschutz finanziell belohnt und klimaschädigendes Verhalten verteuert“*, fordert Oberösterreichs Klimaschutz-Landesrat Anschober einen ehrlichen und ambitionierten Neubeginn für den Klimaschutz.

### **Fachtagung zum Klimaplan am 25. Jänner**

Die Endversion des „Nationalen Klima- und Energieplans“, den die Bundesregierung zum Erreichen der Klimaziele zu Jahreswechsel an Brüssel übermittelt hat, wird nun genau analysiert. Aus diesem Grund lädt Landesrat Anschober die gesamte Umweltbewegung, darunter viele Organisationen und NGOs, am 25. Jänner zu einer gemeinsamen Fachtagung ein.

*„Gemeinsam mit der Umweltbewegung werden wir die konkret geplanten Maßnahmen des Klimaplans in Ruhe analysieren und bewerten. Diese Bewertung und ihr Ergebnis werden ausschlaggebend dafür sein, wie wir gemeinsam den Druck auf die Bundesregierung verstärken wollen. Die nächsten Wochen werden entscheidend sein“,* sagt Anschober. Werden die Klimaziele nicht erreicht, drohen Österreich Milliardenzahlungen für den Zukauf von Zertifikaten und für Strafzahlungen.

### **Aus für Ölkessel auch bei Sanierungen**

Und auch Oberösterreich muss mit gutem Beispiel vorangehen. Und da haben wir noch enorm viel zu tun. Etwa beim schrittweisen Ausstieg aus dem Öl. Das angekündigte Aus für die Ölheizung in Neubauten ist ein sehr verspäteter erster Schritt, der aber nicht ausreicht. Denn in Oberösterreich gibt es nach wie vor rund 100.000 Ölheizungen. Daraus müssen wir schrittweise aussteigen, indem keine neuen Ölheizungen mehr in Betrieb genommen werden, sondern bei neuen Heizkesseln der Umstieg auf Erneuerbare verwirklicht wird. Der Ausstieg im Neubau ist dafür zu wenig: jährlich werden in OÖ lediglich etwa ein Dutzend Ölkessel im Neubau in Betrieb genommen. Aber fast 1000 neue Ölkessel über große Sanierungen und reinen Kesseltausch eingebaut.

*Anschober: „Wollen wir glaubwürdig erste Schritte für den Klimaschutz durch einen schrittweisen Ausstieg aus dem Öl verwirklichen, dann muss die Förderung von Ölkessel nicht erst mit Jahresende, sondern JETZT beendet und der Ausstieg aus der Installation aller neuer Ölkessel verwirklicht werden. Nur dann ist dies ein glaubwürdiger Schritt.“*

## 2. Weitgehendes Glyphosatverbot durchsetzen

Glyphosat ist der weltweit am häufigsten verwendete Wirkstoff für sog. Pflanzenschutzmittel. 2002 wurde es erstmals EU-weit zugelassen. Glyphosat wurde 2015 von der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ beim Menschen eingeordnet. Trotzdem haben EU-Mitgliedstaaten und -Kommission eine Zulassungsverlängerung um weitere fünf Jahre bis 2022 beschlossen. Die Kärntner Landesregierung hat kürzlich ein Teil-Verbot der Verwendung von Glyphosat durch private Anwender/innen durchgesetzt. Umwelt-Landesrat Rudi Anschober wird nun in der Oö. Landesregierung beantragen, dass Oberösterreich genau dieses Verbot auch übernimmt und fordert gleichzeitig von Umweltministerin Köstinger, dass auch die Bundesregierung ihre rechtlichen Handlungsmöglichkeiten nützt, Neuzulassungen verweigert und ein Verbot für den öffentlichen Anwendungsbereich erlässt. Von Seiten des Bundes sind eine Machbarkeitsstudie und ein Aktionsplan für einen Glyphosat-Ausstieg für das Frühjahr angekündigt.

LR Anschober: *„Ziel ist es, dass der Einsatz auf öffentlichen Flächen und in Privatgärten rasch verboten wird und Anstrengungen für eine Verringerung in der Landwirtschaft gestartet werden. Damit könnte trotz Neuzulassung durch die EU vor einem Jahr nun doch ein teilweises Verbot erlassen und die Gesamtanwendungsmenge drastisch verringert werden. Viele Gemeinden, Betriebe und unsere Bio-Landwirt/innen zeigen es ja schon tagtäglich vor, wie eine Landwirtschaft bzw. die Bearbeitung von Grünflächen auch ohne Glyphosat oder andere Umweltgifte funktionieren kann. So haben bereits knapp 100 Gemeinden angegeben, im eigenen Wirkungsbereich kein Glyphosat mehr einzusetzen.“*

## 3. Halbierung von Lebensmittelverschwendung

Allein in Oberösterreichs Haushalten werden jährlich rund 15,6 Kilogramm Lebensmittel pro Person in die Restmülltonne geworfen, hochgerechnet auf ganz Oberösterreich sind dies 22.500 Tonnen Lebensmittelmüll jährlich. Der Wert weggeworfener Lebensmittel pro Haushalt entspricht rund 300 Euro. Dazu kommt

Lebensmittelverschwendung im Handel, in der Außer-Haus-Küche oder schon bei der Produktion. Oö. Umwelt-Landesrat dazu: *„Weltweit werden laut UNO ein Drittel aller Lebensmittel weggeworfen. Auf der anderen Seite hatten 2017 821 Millionen Menschen zu wenig zu essen – das sollte uns wachrütteln. Lebensmittelverschwendung kostet jeder/m Einzelnen etwas, schadet der Umwelt und dem Klima durch unnötig verbrauchte Ressourcen“.*

### **Informationsoffensive 2019**

Oberösterreich wird die Informationsoffensive 2019 massiv verstärken: Bereits zahlreiche Initiativen hinsichtlich Aufklärung und Maßnahmen wurden ins Leben gerufen, aber auch die genaue Analyse, wo welche Mengen anfallen, ist Teil davon. Wichtige Partner sind Haushalte, Handel, Gastronomie, Hotellerie und Gemeinschaftsverpflegung.

Die erfolgreiche Info-Kampagne des Landesabfallverbands für Konsument/innen wird 2019 weiter geführt und ausgeweitet. ([www.isnuguat.at](http://www.isnuguat.at)).

### **4. Wegwerfplastik halbieren**

Durch den Einsatz von Kunststoff als Verpackungsmaterial ist eine Lawine an Wegwerf-Plastik entstanden, die sich nur äußerst langsam abbaut und viel zu selten wiederverwertet oder gar wiederverwendet wird. Umwelt-Landesrat Anschober will nun die Menge an Wegwerfplastik in den kommenden fünf Jahren in Oberösterreich halbieren. In Oberösterreich wurden über die kommunale Abfallsammlung im Jahr 2017 rund 32.400 Tonnen Kunststoffverpackungsabfälle getrennt gesammelt, das entspricht einer Menge von rd. 22 kg pro Einwohner/in.

*„Neben der Umsetzung der Umweltrichtlinie der EU müssen wir jetzt weitere Maßnahmen setzen. Es braucht ein flächendeckendes Mehrweg-Angebot für Konsument/innen, eine enge Zusammenarbeit mit der kunststofferzeugenden Industrie um das Produktdesign zu verbessern, sowie Bewusstseinsbildung in Bevölkerung und Wirtschaft. Mein Eindruck nach vielen Gesprächen in den letzten*

*Wochen ist, dass wir jetzt eine echte Chance haben für eine Halbierung“, so die Einschätzung von Umwelt-Landesrat Anschober.*

### **Mehrweg und Produktdesign als Schlüsselfaktoren**

In Österreich ist der Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen seit Jahren auf einem geringen Niveau von ca. 18 % stagnierend. Die Einhebung eines flächendeckenden Getränkepfandes würde zu einer deutlichen Steigerung der sortenreinen Sammlung sowie einer Reduktion des Litterings bei Getränkeverpackungen führen. Ein weiterer wesentlicher Schlüssel zur Reduktion von Plastikprodukten und damit für den Schutz unserer Umwelt vor der „Vermüllung“ ist ein ökologisches Produktdesign. Aus diesem Anlass versammelte der von Umwelt-Landesrat Rudi Anschober erste Runde Tisch am 12. November 2018 rund 20 Vertreter/innen aus der Kunststoffbranche, von Produzenten über Recycler, Sammler und Verwerter bis zum Handel und Forschungseinrichtungen und der Folgetermin steht diese Woche an.

### **5. Oberösterreich blüht auf**

Die Zahl der Insekten, von Wildbienen bis hin zu Schmetterlingen, nimmt weltweit in vielen Regionen immer weiter ab - auch in Oberösterreich. Die Artenvielfalt und unsere Böden sind durch das „Ausräumen“ der Landschaften, durch den Klimawandel, die Intensivierung der Landwirtschaft und weitere Faktoren massiv unter Druck geraten. Wir haben es in der Hand, Bienen, Vogel, Schmetterling und Co. und damit die Vielfalt unserer Landschaft und den Ertrag unserer Felder zu erhalten. Dazu hat das Umwelt-Ressort die Initiative „Oberösterreich blüht auf“ gestartet, die 2019 weiter ausgebaut wird, um ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Rettung von Bienen, Vogel, Schmetterling und Co durchsetzen und möglichst viele Menschen erreichen.

### **Immer mehr bienenfreundliche Gemeinden**

Bereits 17 bienenfreundliche Gemeinden, die durch das Bodenbündnis OÖ betreut werden, leisten wertvolle Arbeit, um Oberösterreich wieder zum Blühen zu bringen und zeigen als Vorreiterinnen, wie Bienen- und Umweltschutz im öffentlichen Raum

funktioniert – sie sind Modell für ganz Oberösterreich und werden auch 2019 wachsen.

LR Rudi Anschober: *„Klimawandel, Bodenschutz und Artenvielfalt sind eng miteinander verwoben. Mein Ansatz bei der Initiative „Oberösterreich blüht auf“ ist es daher, durch ein Maßnahmenpaket gesamtheitlich für den Bodenschutz und die Artenvielfalt in unserer Umwelt zu arbeiten. Wir wollen Informationen über das Artensterben geben, Aufklärung leisten, die notwendigen Veränderungen aufzeigen und diese politisch durchsetzen.“*

## **6. Weichenstellung für den europaweiten Atomausstieg durchsetzen**

Im Jahr 2019 stehen in der Atompolitik aus Sicht Oberösterreichs wichtige Weichenstellungen an. Die für Ende 2018 angekündigte Entscheidung über Bau und Finanzierung der neuen AKW-Blöcke durch die tschechische Regierung wurde erneut aufgeschoben. Mit der Unfinanzierbarkeit neuer AKW rückt allerdings ein neues Thema in den Fokus: Laufzeitverlängerungen für die Altreaktoren. So gibt es Überlegungen die AKW-Blöcke in Dukovany bis zu 60 Jahre in Betrieb zu halten. Dies birgt ein hohes Risiko, da die Anlagen dafür nicht ausgelegt. Die AKW wurden in den 1970er Jahren bis auf wenige Ausnahmen für eine Betriebsdauer von 30 Jahren konzipiert. Unter dem Titel „Laufzeit erhöht – Gefahrzeit verlängert“ wird sich auch die Nuclear Energy Conference, die im Frühjahr in Linz stattfindet, mit dieser Thematik auseinandersetzen.

*„Jetzt müssen auch drohende Laufzeitverlängerungen gestoppt werden. Die von mir gegründete ‚Allianz der Regionen‘ fordert eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung bei Laufzeitverlängerungen und eine maximale Laufzeit. Gemeinsame Schritte werden in diesem Jahr mit einer großen internationalen Studie über die Gefahren von Laufzeitverlängerungen gesetzt“, so LR Anschober.*

## **OÖ als Koordinierungszentrale beim Atomausstieg**

Mit dem Beschluss, dass Oberösterreich seit Herbst Koordinierungszentrale der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg ist, kann noch stärker als Drehscheibe und Motor für den Atomausstieg gearbeitet werden. Ziel ist dabei auch ein Ausbau und eine Internationalisierung der Allianz durch neue Mitglieder.

## **7. Trendwende für Bodenschutz und gegen Flächenversiegelung durchsetzen**

Der Bodenverbrauch zählt europaweit zu den größten umweltpolitischen Herausforderungen. Und Österreich liegt hier im negativen Spitzenfeld: Fast 13 Hektar Boden werden tagtäglich in Österreich verbaut und Natur, Umwelt und Lebensmittelproduktion entzogen. Oberösterreicher/in sind bereits 297 m<sup>2</sup> versiegelt. Durch das Umweltressort werden viele Initiativen zum Bodenschutz bereits umgesetzt – von Bodenfunktionskarten über die Bodenbündnis-Gemeinden bis hin zu Förderungen. Doch es fehlt ein einheitlicher bundesweiter Masterplan: Bodenfunktionen müssen in die Gesetzgebung Eingang finden, Industriebrachen und Leerstände müssen genutzt werden und schließlich braucht es ein strategisches Flächenmanagement mit konkreten Zielwerten.

## **Neues Raumordnungsgesetz gefordert**

Für Oberösterreich braucht es zusätzlich ein neues Raumordnungsgesetz, eine bessere Mobilisierung von bestehendem Bauland statt Neuwidmung, ein effizientes Nutzungskonzept für Industriebrache, Vorrangflächen für Bodenschutz und die Revitalisierung von Ortskernen. Gemeinsame Lösungen für Bodenschutz, Artenschutz und Landwirtschaft sind gefragt. Es braucht neue Bewertungsverfahren, innovative Konzepte und den Blick über den Tellerrand des eigenen Fachgebietes – das Schutzgut Boden muss, einen wesentlich höheren Stellenwert erhalten.

LR Anschober: *„Wenn wir so weitermachen, zerstören wir unsere Lebensgrundlagen. Dieser Entwicklung muss endlich wirksam entgegen gesteuert werden. Dazu braucht es eine bundesweite Steuerung in Form eines Masterplans*

*Bodenschutz, der in den Landesgesetzen zu verankern ist. Denn vielfach ist der notwendige Bodenschutz in den Köpfen angekommen und zu einem Thema geworden, eine konsequente Umsetzung der Maßnahmen findet jedoch noch nicht statt.“*

## **8. Umsetzung des Maßnahmenpakets für eine Sanierung der Linzer Luft im verkehrsnahen Bereich**

Oberösterreich hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte und Verbesserungen bei der Luftqualität verwirklicht. Vor allem aus Industrie und Energieerzeugung konnten vielfach enorme Verringerungen von Emissionen verwirklicht werden. Im Jahr 2018 verzeichnete Oberösterreich bei Feinstäuben (PM10) so wenig Grenzwertüberschreitungen wie seit Jahrzehnten nicht. Bei Stickoxiden (NOx) gibt es an verkehrsnahen Messstationen noch Handlungsbedarf. Hier zeigt die Jahresbilanz 2018 für Stickstoffdioxid mit einem Jahresdurchschnittswert von 38,3 µg/m<sup>3</sup> erstmals eine Unterschreitung des EU-Grenzwertes bei der vormals problematischen Messstation an der A1 bei Enns-Kristein, aber trotz Verbesserung mit 43,4 µg/m<sup>3</sup> noch keine Entwarnung in Linz beim Römerbergtunnel.

### **Ziel: Beschluss im März**

Unter der Koordination von Umwelt-Landesrat Rudi Anschober wurde in einem gemeinsamen Arbeitsprozess ein erster Entwurf für ein neues Maßnahmenprogramm erarbeitet. Darin ist es gelungen, ein Bündel an über 30 Maßnahmen einfließen zu lassen, das nachhaltig Verbesserung nicht nur für das Gebiet rund um die Messstelle am Römerberg, sondern für den gesamten Großraum Linz bringen wird. Aktuell wird auf Basis des Entwurfs und der eingereichten Stellungnahmen ein Vorschlag für einen Beschluss der Oberösterreichischen Landesregierung erarbeitet. Ziel ist der Beschluss im März.

### Maßnahmen im Überblick

- Vortreiben von Nachrüstungen bei der Software als auch im Hardwarebereich bei Diesel-PKWs,

- das Forcieren der effektiven Kontrolle von Abgasmanipulationen,
- Maßnahmen zur Modernisierung des Taxibestandes in Linz
- ein Maßnahmenbündel, um den Anteil der E-Mobilität zu erhöhen,
- eine Vielzahl von Maßnahmen im öffentlichen Verkehr inklusive einem Konzept für Busschleusen an Linzer Einfallstraßen
- Maßnahmen für gebietsbezogene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie
- Maßnahmen, um den Ausbau der Rad- und Fußinfrastruktur zu forcieren